

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 30 (1989)  
**Heft:** 21

**Artikel:** Arbeitslos  
**Autor:** [s.n.]  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1093712>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## Arbeitslos

«Die Abschaffung der Arbeitslosigkeit galt immer als Hauptleistung des Sozialismus in der Sowjetunion. Nun stellt auch dies sich als bloße Propagandabehauptung heraus. Arbeitslose hat es zu allen Zeiten der sowjetischen Geschichte gegeben . . .»

So beginnt der Text, mit dem die monatlich erscheinende deutsche Ausgabe (mit dem sprachlichen Mischtitel «Moskau News») von «Moskowskije Nowosti/Moscow News» (Nummer 10/1989) auf Seite 1 einen kombinierten Beitrag über die sowjetische Arbeitslosigkeit zusammenfasst. Wir bringen in grossen Auszügen den Haupttext, das Interview mit Igor Saslawski, einem Experten des Forschungsinstituts für Arbeit in Moskau. Das Gespräch führte Wladimir Gurewitsch.



«Arbeitslos» heisst es auf dem Plakat, das eine moldauische Demonstrantin hochhält. (MN)

*Die Abschaffung der Arbeitslosigkeit galt immer als Hauptleistung des Sozialismus in der UdSSR . . .*

In allen Lehrbüchern steht, man habe die Erwerbslosigkeit in der UdSSR im ersten Planjahr fünf, im Zuge der Industrialisierung, liquidiert. In Wirklichkeit aber wurde das von Stalin einfach dekretiert: Im Herbst 1930 erschien eine Verordnung, laut der es keine Erwerbslosigkeit mehr geben durfte. Man schloss die Arbeitsämter, obwohl dort noch offiziell über 300 000 Arbeitslose registriert waren, und schaffte die Beihilfen ab.

Es stimmt schon, dass gleichzeitig neue Betriebe errichtet wurden, aber die «Vollbeschäftigung» von damals bedeutete nichts anderes als Zwangsarbeit und Deportation in Waldgebiete und auf Grossbaustellen. Sie bedeutete auch die Schaffung ineffizienter Arbeitsplätze. Wo nur einer hätte arbeiten sollen, arbeiteten drei Mann.

Wie bekämpfte man aber die Arbeitskräftefluktuation? Man liess die Leute eine Verpflichtung unterschreiben, dass sie, sagen wir, bis Ende des jeweiligen Planjahr fünf nicht kündigen würden. Also eine Verletzung der Menschenrechte statt Recht auf Arbeit.

*Das Recht auf Arbeit war also nur ein Mythos?*

Mythisch war der Glaube, dass sich dieses Recht automatisch verwirklichen werde. Wir haben bis jetzt Verzerrungen des Sozialismus als seine Errungenschaften betrachtet. Unsere wahren Errungenschaften aber wurden vergessen.

*Was waren das für Errungenschaften?*

Die beiden ersten Arbeitsgesetzbücher von 1918 und 1922. Damals verkündete der Staat das Recht sowohl auf Arbeit als auch auf Arbeitslosenunterstützung. Überall gab es Arbeitsämter; sie waren viel aktiver und nützlicher als die heutigen Arbeitsnachweisbüros. Man gründete sogar provisorische Genossenschaften und liess Arbeitslose

einige stillgelegte Betriebe wieder in Gang setzen. Beiläufig gesagt, war Lenin für eine rigorose Schliessung unrentabler Betriebe, für einen «brutalen» Personalabbau.

*Aber es klingt doch eigentlich seltsam; zugleich Recht auf Arbeit und auf Arbeitslosenunterstützung . . .*

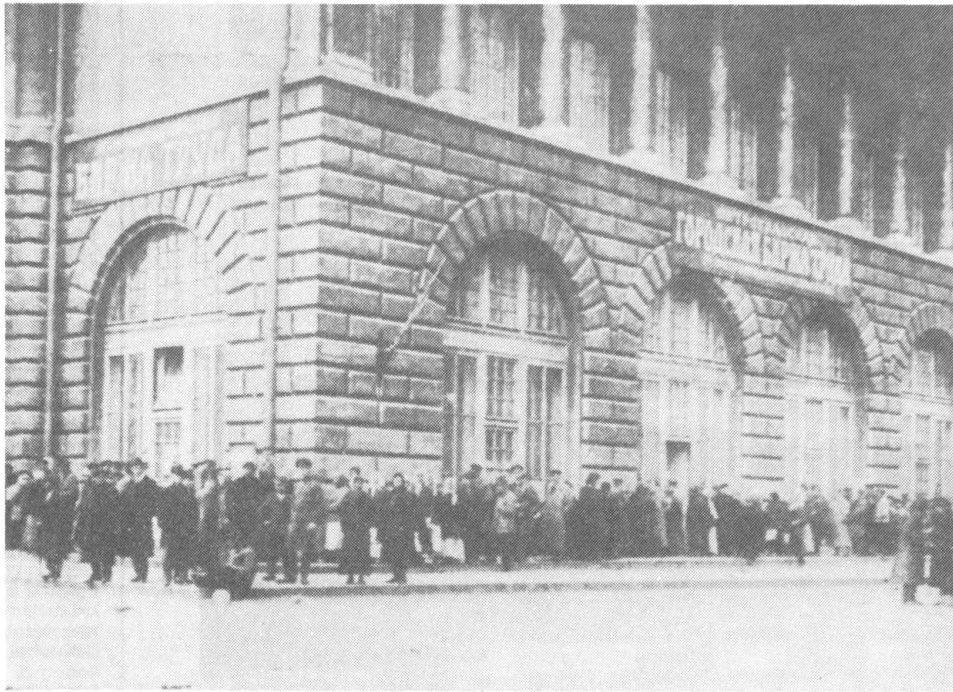
Es klingt seltsam, weil die Stalinsche «Vollbeschäftigung» uns in Fleisch und Blut übergegangen ist. In den zwanziger Jahren hatte man aber nach einer tatsächlichen und nicht nach einer fiktiven Beschäftigung gestrebt. Seit Stalins Zeiten haben wir uns unsere Ohren verschlossen und uns von der Wirklichkeit abgewandt.

Nun müssen wir der Wahrheit ins Auge blicken. Arbeitslosigkeit war und ist da: latente, strukturelle, saisonbedingte, zeitweilige. Haben wir etwa erst heute erfahren, dass es in Mittelasien Erwerbslose gibt?

*Mit dem Beginn der Perestrojka kamen die Beschäftigungsprobleme ernsthaft ins Gespräch, wobei man das verpönte Wort «Arbeitslosigkeit» vermied.*

Anfänglich verknüpfte man die Probleme nur mit der «Beschleunigung»: Der wissenschaftlich-technische Fortschritt werde die Arbeitslosigkeit erhöhen, und man werde die freigesetzten Arbeitskräfte in andere Branchen versetzen müssen, vor allem in den Dienstleistungsbereich. Das stimmt schon, aber auch die wirtschaftliche Rechnungsführung machte sich bemerkbar. Anfänglich war die Wirkung schwach, aber bei der Einführung der Pacht wurden schon 10 bis 30 Prozent der Arbeitskräfte freigesetzt.

1988 nahm man einen Beschluss über Beschäftigungsprobleme an. Das war ein Fortschritt, aber die Ideologie war die alte: Alles sollte gleichsam in die gewohnte Bahn gelenkt werden; die Rede war von einer Umverteilung im Rahmen des Betriebs oder wenigstens der Branche. Man führte Beihilfen für Arbeitsbeschaffung innerhalb von zwei bis drei Monaten ein. Die Arbeitsnachweisbüros nannte man nunmehr «Zentren



Eines der sowjetischen Arbeitsämter in den zwanziger Jahren. Stalin liess sie schliessen und proklamierte die Vollbeschäftigung.

für Arbeitsnachweis, Umschulung und Berufsorientierung». Bis jetzt aber ist es bei einem Wechsel der Aushängeschilder geblieben: Die Möglichkeiten der Zentren sind beschränkt, und ihr Ansehen ist gering. Wir haben bei einer Erhebung die Leute gefragt, was sie im Falle ihrer Entlassung tun würden. Nur 5 Prozent der Befragten haben

geantwortet, sie würden ein solches Büro aufsuchen.

*Heute spricht man immer öfter von einem Arbeitsmarkt, von freier Einstellung in Übereinstimmung mit Angebot und Nachfrage . . .*

Meiner Meinung nach wäre das der einzig vernünftige Weg. Aber man kann ihn nicht

einfach vom Reissbrett weg in die Landschaft übertragen. Zu einer gesamthaften Lösung gehören der Markt überhaupt, ferner mehrere gleichberechtigte Wirtschaftsformen, die Abkehr von falscher Berichterstattung, ein Wohnungsmarkt, die Abschaffung des Systems, die Stellenpläne der Betriebe «oben» (von den Ministerien aus) zu regeln, und anderes mehr. Es handelt sich mit andern Worten um die Freiheit der Wahl, um eine persönliche Freiheit der Arbeitskraft. Nur auf dieser Grundlage wäre ein funktionstüchtiger Arbeitsmechanismus möglich.

*Ein Arbeitsmarkt also. Und was wären seine Regulatoren?*

Es geht nicht bloss um Regulatoren, sondern um ein System sozialer Garantien, das zuverlässiger zu sein hätte als das jetzige. Gegebenenfalls müssten die örtlichen Behörden sogar ein Vetorecht haben, zum Beispiel dann, wenn ein Betrieb eine seiner Abteilungen schliessen will, ohne dass neue Einstellungsmöglichkeiten für die Entlassenen bestünden. Das Veto dagegen wäre in einem solchen Fall mit einer Abfindung an den Betrieb zu koppeln. Statt der Entlassung könnte ferner zum Beispiel ein Umschulungsurlaub von einem Jahr in Frage kommen. Schliesslich müsste es eine Arbeitslosenversicherung für den Fall zwingender Umstände geben.

*Wer aber soll das bezahlen? Und wie hoch muss die Arbeitslosenunterstützung sein?*

Das Geld muss aus dem Staatsbudget und aus dem Lokalbudget kommen, als Arbeitsressourcengebühr. Das Problem einer massenweisen Umschulung, vor dem die Republiken Mittelasiens stehen, lässt sich nur mit dem Beistand der zentralen Regierung meistern.

Was nun die Höhe der Arbeitslosenunterstützung betrifft: Meiner Meinung nach muss der Betrag so geregelt sein, dass er zur aktiven Arbeitssuche stimuliert. Zunächst ein Überbrückungsgeld, vom Betrieb gezahlt. Dann sechs Monate lang eine staatliche Beihilfe, individuell abgestuft. Für eine Frau mit Kind beliefe sie sich auf der Höhe des Durchschnittslohns, für einen alleinstehenden jungen Mann auf weniger. Nach sechs Monaten würde die Staatsbeihilfe gesenkt. Und noch später käme es zu einer sozialen Beihilfe des örtlichen Sowjets und zu einer Unterstützung aus dem Wohltätigkeitsfonds. Manch einer würde es aber dann vorziehen, unter Verzicht auf solche Wohltätigkeitsgelder eine entlohnte gesellschaftsnützliche Arbeit zu leisten, etwa bei Begrünerungsprojekten, im Strassenbau oder bei der Gemeindegewirtschaft. Für solche Programme hätten die lokalen Sowjets direkt zu sorgen.

Vom wirtschaftlichen Standpunkt aus würde die produktivere Arbeit diese Ausgaben wettmachen. Die latente Arbeitslosigkeit kommt dem Staat viel teurer zu stehen. ■

**Prawitelstwenny Westnik:**  
**ПРАВИТЕЛЬСТВЕННЫЙ ВЕСТНИК**  
ОФИС ГОСИТА МИНИСТРОВ СССР

„ Man muß wohl endlich offen gestehen, daß es auch bei uns Arbeitslose gibt. “

**Prawda:**  
**ПРАВДА**

„ Allein in den Republiken Mittelasiens und in Kasachstan gibt es zirka sechs Millionen junge Arbeitslose. “

**Iswestija:**  
**ИЗВЕСТИЯ**  
СОВЕТСКОЕ НАРОДНОЕ ИЗВЕСТИЕ СССР

„ Offiziell haben wir keine Arbeitslosen. Der Status eines Arbeitslosen ist nicht bestimmt, es gibt auch keine Statistiken. “

*Aussagen der sowjetischen Presse in der Wiedergabe von MN.*